

Der SPÖ täte eine Phase der Selbstfindung gut

Die Sozialdemokratie hat sich zu lange auf frühere Leistungen und die Fehler der anderen verlassen. Ohne weitere Spitzenleute kann auch Christian Kern die Partei nicht retten. Ein Ausweg wäre der Gang in die Opposition.

Daniel Witzeling

Es leien“ unter den Mitarbeitern, wenig solidarische Wahlkampflogos à la „Holen Sie sich, was Ihnen zusteht“ und manifeste Probleme mit den „Spindoktoren“ lassen die Sozialdemokratische Partei Österreichs nicht zur Ruhe kommen. Auch der von der ÖBB geholtete Spitzenmanager kann das Ruder allein nicht herumreißen. Die traditionsreiche Bewegung, die auf große Errungenschaften für die Arbeiterbewegung und weit darüber hinaus für ganz Österreich zurückblicken kann, ist scheinbar angezehlt. Sind all diese Vorfälle nur Pech und meint es das Schicksal nicht gut mit der Sozialdemokratie, oder stecken im Unterbewusstsein der Parteigeschichte größere nicht verarbeitete Problematiken? Fakt ist, dass es die SPÖ aktuell nicht wirklich schafft, im Wahlkampf Fuß zu fassen.

Analog zu der Entwicklung eines Unternehmens wie beispielsweise Nokia hat sich die SPÖ zu lange auf den Lorbeeren der Vergangenheit und auf den Leistungen vorangegangener Granden wie Bruno Kreisky oder Helmut Zilk in Wien verlassen. In diesem Kontext wurde eine tiefgehende und langwierige Personalentwicklung verabsäumt. Die Probleme, die die

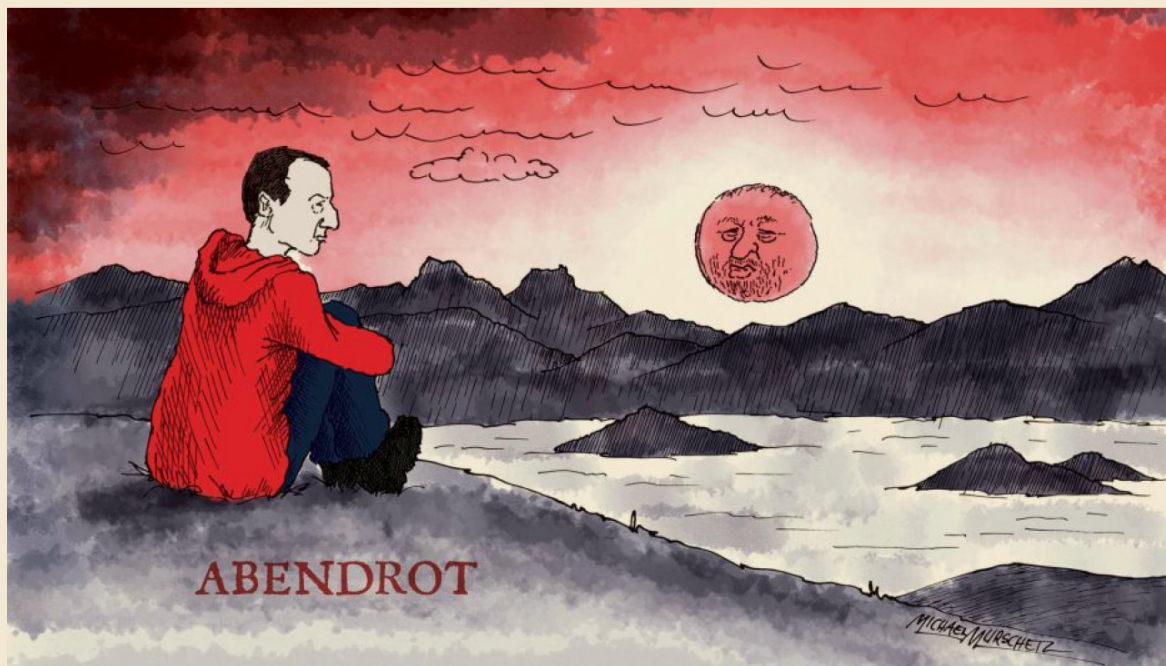
Partei jetzt wie ein Orkan treffen, haben ihre Ursachen Jahrzehnte zuvor. Schon Franz Vranitzky hatte trotz eines enormen Parteiapparates und zahlreicher Vorfeldorganisationen wie Gewerkschaften, Pensionistenverband und vieler mehr seine lieben Mühen, mit dem damaligen Newcomer Jörg Haider, dessen kessen Sprüchen und seiner direkten Art zurechtzukommen.

Damals schon sahen die Sozialdemokraten alt aus, da sie auf die immer gleichen Rezepte und auf sich brav hochgedient habende Persönlichkeiten setzten. Die zwei-

schzeitigen Erholungsphasen der Partei waren nicht der eigenen Stärke geschuldet, sondern hingen mehr mit der Selbstdemontage der damaligen FPÖ und ÖVP zusammen. Dieses Phänomen wurde jedoch in der sozialdemokratischen Bewegung falsch interpretiert, und man ging immer wieder zu Business as usual über, anstatt die Partei in den Ruhephasen innerlich einem wirklichen Reform- und auch Personalentwicklungsprozesses zu unterziehen. Diese nicht erledigten Hausaufgaben rächen sich jetzt bitter. Der aktuelle Höhepunkt in Zusammenhang mit einem festgenommenen israelischen Berater stellt nur ein – frei nach Paul Watzlawick – schmerzliches Symptom, aber nicht die Krankheit der Partei dar. Es fehlt an Spitzenleuten, die dem Einzelkämpfer Christian Kern unter die Arme greifen könnten.

Sozialforscher Daniel Witzeling: Es fehlt der SPÖ an geeignetem Personal in der zweiten Reihe.

Foto: privat



Eine Reihe betrübnlicher Ereignisse oder die Folge nicht aufgearbeiteter Probleme? Kreisky-Erbe Christian Kern hat es nicht leicht.

Illustration: Michael Murschitz

1500 Euro steuerfrei – ein verunglückter Vorschlag

Die SPÖ-Koalitionsbedingung würde Armut nicht bekämpfen und nur Teilzeitarbeit fördern

Rolf Gleißner

Nach dem Mindestlohn von 1500 Euro fordert die SPÖ als Koalitionsbedingung, dass diese 1500 Euro von der Einkommensteuer befreit werden. Derzeit sind 11.000 Euro pro Jahr steuerfrei, die meisten EU-Staaten „schlagen“ schon weit darunter „zu“. Die SPÖ-Forderung klingt zunächst nach sinnvoller Armutsbekämpfung: 1500 Euro Monatslohn für 40 Stunden Arbeit sind nicht viel. Arbeit soll sich lohnen und attraktiver sein

diener wenigstens von der Einkommensteuer zu befreien?

Zunächst einmal würden alle profitieren: Wegen der Systematik des Einkommensteuertarifs wären die ersten 1500 Euro pro Monat für jeden steuerfrei, auch für den Millionär. Daher würde der Fiskus Einnahmen von 2,3 Milliarden Euro (SPÖ-Schätzung; wohl die Untergrenze) verlieren. Dieser Ausfall müsste kompensiert werden: durch Einsparungen, die erfahrungsgemäß schwer und nicht rasch erreicht werden, oder höhere Steuern, die im Ergebnis Verdienner über 1500 Euro mehrbelasten.

Betrachten wir aber die eigentliche Zielgruppe: Ca. 1,7 Millionen Arbeitnehmer verdienen weniger als 1500 Euro brutto pro Monat. Davon ist ca. eine Million in Teilzeit, verdient also vor allem aufgrund der geringen Arbeitszeit weniger. Es würden somit über-

■ Die Armut wird kaum bekämpft, weil überwiegend Nichtbedürftige profitieren.

■ Die erhöhte Einkommensteuerbefreiung würde den Teilzeitboom eher anheizen: Vor allem für Frauen wäre der Anreiz stärker, unter 1500 Euro pro Monat und damit in Teilzeit zu bleiben.

■ In der Folge wird es mehr Verdienner(innen) unter 1500 Euro geben, Schwarzseher werden nach noch mehr Umverteilung rufen, und die Umverteilungsmaschine wird sich noch schneller drehen.

■ Wenn viele gar keine Einkommensteuer mehr zahlen, wird die Steuerlast auf immer weniger Schultern verteilt. Dadurch haben immer weniger Menschen ein Eigeninteresse an Steuersenkungen und einem sparsamen Staat.

Ja, die Abgaben müssen sinken, ja, Arbeit soll sich lohnen. Das erfordert folgende Schritte:

■ Die Wirtschaft leistet mit der Umsetzung von 1500 Euro Mindestlohn (inkl. Sonderzahlungen 14 Prozent mehr als der deutsche Mindestlohn!) einen großen Beitrag.

■ Im Gegenzug sollten die besonders hohen Lohnnebenkosten für alle Dienstverhältnisse sinken.

■ Sozialtransfers sollten ausgleiten und nicht abrupt bei Überschreitung von Einkommenschwellen wegfallen.

■ Die Kombination Sozialtransfer und Pusch oder geringfügige Arbeit ist abzudrehen. Sie ist zu attraktiv und verhindert oft vollversicherte Dienstverhältnisse, die nachhaltigt Armut vermeiden.

Was die Steuerbefreiung für die ersten 1500 Euro betrifft: Gut gemeint ist das Gegenteil von gut.

ROLF GLEISSNER ist Arbeits- und Sozialrechtsexperte der Wirtschaftskammer Österreich.

Als die Krise in der SPÖ unter Werner Faymann zu stark hochzukochen schien, wurde eilig ein Heiland aus der staatsnahen ÖBB geholt, der dem in die Jahre gekommenen Apparat und den Apparatschiks in der Löwelstraße Beine machen sollte. Daraus wurde, wie man sieht, nicht viel. Eine weit vernetzte und jahrzehntlang gewachsene Organisation wie die SPÖ kann man nicht einfach durch einen Marketingcoup retten oder reformieren. Wie ein Unternehmen ist auch eine Partei mehr als die Summe der einzelnen Akteure. Der CEO allein kann nicht alle Spielfeldpositionen vom Tormann bis zum Stürmer einnehmen. Dies merkt die SPÖ schmerzlich, und dies wird auch Sebastian Kurz von der ÖVP früher oder später zu spüren bekommen.

Kern braucht Hilfe

Wo bleibt die Stärke der SPÖ, wo der Stärkere dem Schwachen hilft und man gegenseitig trotz aller widrigen Umstände für den anderen einsteht? Es ist paradox: Nun würde der starke Mann der Partei, Kanzler Kern, selbst Schützenhilfe aus den eigenen Reihen benötigen. Das kann aber nur geschehen, wenn man derartige Kaliber vorher in den eigenen Reihen hat heranwachsen lassen. Trotz durchaus angesehener Persönlichkeiten fehlen in der SPÖ diese wirklich starken Männer und Frauen. So schlimm diese Zukunftsperspektive für viele Genossen wohl sein dürfte: Eine Zeit der Konsolidierung und Selbstfindung in der Opposition, aus der die SPÖ gestärkt wieder hervorgehen kann, wäre therapeutisch gesehen nicht schlecht.

DANIEL WITZELING ist Psychologe und Sozialforscher. Er leitet das Humaninstitut Vienna.



Wirtschaftskammerexperte Rolf Gleißner: Die Steuerlast wird auf die Schultern anderer verteilt.

Foto: Wilke